folgers, sondern nur um seine Würde. Da jedoch für den Thronfolger hier wie stets sofort Ersatz zu finden sei, so sei das sinnlos. „Balcan" klagt in einem historischen Rückblick über die furchtbaren Qualen, die das serbische Volk in den letzten 40 Jahren infolge der jesuitischen Politik Oesterreich-Ungarns erduldet hätte. Der Thronfolger mußte, wie alle Söhne Loyolas, die nur im Blute der Menschen arbeiten und dem Grundsatz von der Heiligung der Mittel durch den Zweck huldigen, vom Schicksal ereilt und ein Opfer des Jesuitismus werden, wie auch Oesterreich-Ungarn es werden werde, durch dessen Untergang der Menschheit Ruhe und Frieden wiederkehren werde.

Die „Tribuna" rät, aus Oesterreich nichts zu beziehen, die österreichisch-ungarischen Bäder nicht zu besuchen und keine Aerzte aus Oesterreich-Ungarn zu berufen. Die private Initiative könne in der angedeuteten Richtlinie ausreichen. Staat und Behörden hätten sich nicht darein zu mischen.

Das Blatt „Piemont" veröffentlicht eine angeblich von einem fortschrittlichen Kroaten aus Agram stammende Zuschrift anläßlich der Demonstrationen der Frank-Partei, worin ausgeführt wird, daß Serben und Kroaten ein Volk seien, für dessen Zukunft es notwendig geworden sei, nicht nur bei Worten zu bleiben, sondern zu gemeinsamen nationalen Werken überzugehen. Die Vereinigung zu einem Staate sei notwendig geworden.

Die „Politika" führt aus, die zwischen den Serben und Kroaten bestehende Eintracht sei so stark, daß sie durch keine Macht zerstört werden könne.

Die „Stampa" behauptet, daß die Serajewoer Polizei die verhafteten Täter der unmenschlichsten und schamlosesten Tortur aussetzte, um von ihnen unwahre Geständnisse zu erpressen, auf Grund deren dann Anklagen gegen das serbische Volk erhoben werden sollten.

Der Protest der serbischen Konsuln.

Bis zum 7. Juli, abends, hatten im deutschen Reichsgebiet 11 serbische Konsuln wegen der Serajewoer Bluttat ihre Amtsfunktionen niedergelegt, darunter befinden sich zwei serbische Konsuln reichsdeutscher Staatsangehörigkeit.

Die Abreise des Fürsten?

Wenn man einer Meldung aus Neuwied, dem früheren Wohnort des Fürsten, trauen darf, so steht die Abreise des Fürsten aus Durazzo unmittelbar bevor. In dem fürstlichen Schlosse in Neuwied werden nämlich die früheren Wohnräume des Fürstenpaares wieder instand gesetzt, angeblich, weil dieses bald zurückkehren wird. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Rückkehr nach Neuwied.

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie uns aus Neuwied gemeldet wird, sind in den letzten Tagen große Transporte der fürstlichen Hofhaltung in Durazzo in Neuwied eingetroffen. Von absolut sensationsfreier Seite wird uns zuverlässigst berichtet, daß die früher von dem jetzigen Fürstenpaar Wilhelm bewohnten Räume des Schlosses in aller Stille wieder zur Aufnahme des Fürstenpaares hergerichtet sind.

Werbeverbot auch für Ausländer in Berlin.

Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Reichsregierung, wie von uns am 6. d. M. bereits gemeldet werden konnte, dem neugebildeten Werbebureau für Albanien die Anwerbung reichsdeutscher Personen untersagt hatte, ist nunmehr dem Anwerbebureau eröffnet worden, daß die deutsche Regierung eine öffentliche Anwerbung **auch von Ausländern im Reichsgebiet überhaupt nicht zulassen werde. Damit ist die beabsichtigte Tätigkeit des Bureaus, die Werbung von Freiwilligen für den Fürsten von Albanien, unterbunden.**

Der empörte Prenk Bibdoda.

Mailand, 9. Juli. Laut Drahtmeldung des „Secolo" aus Durazzo ist Prenk Bibdoda über die Weigerung des Fürsten, ihm die verlangten 100 000 Franken zur Löhnung der Miriditen auszufolgen, so empört, daß er nunmehr für die Rückkehr Essad Paschas auf das lebhafteste Stimmung macht und diesen als den einzigen Mann bezeichnet, der imstande wäre, die albanische Anarchie zu bezwingen. Es ist daher gar nicht unwahrscheinlich, daß der Verbannte bald als Retter des Vaterlandes begrüßt werden wird. Einstweilen dauern die allnächtlichen Uebergänge der Malissoren und Miriditen zu den Aufständischen an, mit denen auch die Gendarmen gemeinsame Sache machen. Dem römischen „Corriere d'Italia" wird aus Durazzo berichtet, das englische Mitglied der internationalen Kontrollkommission habe seiner Regierung dringend geraten, den Fürsten zur Abdankung zu bestimmen; allem Anscheine nach hätten die Vertreter Frankreichs und Rußlands das gleiche getan, nun müsse man sehen, wie sich der Dreibund dazu stelle, dessen Mitglieder es allerdings als Ehrensache betrachten, den Fürsten, dessen Verlegenheiten zumeist von der Fahrlässigkeit der europäischen Diplomatie herrühren, in die Lage zu setzen, seine Autorität zu befestigen. Amtliche römische Stellen äußern dagegen Befriedigung darüber, daß der Fürst auszuharren beabsichtigt, weil man von einem Zusammenbruch seiner Regierung eine verstärkte Bedrohung der italienischen Interessen in Südalbanien, besonders in Valona, befürchtet. Der offiziöse „Popolo Romano" schreibt: „Ehe ein von Europa gewählter deutscher Prinz seinen Ehrenposten verläßt, müßte die letzte Kugel verschossen sein, was bisher nicht der Fall ist."

Der Austausch von Gefangenen.

Rom, 9. Juli. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Durazzo unter dem 8. Juli, 8 Uhr abends: Infolge des Einschreitens der Internationalen Kontrollkommission haben die Aufständischen die holländischen Gefangenen nach Schiak gebracht. Sie haben an die Kommission wegen des Austausches der Gefangenen geschrieben und gleichzeitig ein Beschwerdeschreiben wegen der in den letzten Tagen vorgekommenen Morde an sie gerichtet. Sie erklärten, daß sie die Absicht hätten, sich zu rächen.

Durazzo, 9. Juli. Die beiden von den Aufständischen an die Internationale Kontrollkommission und die holländischen Offiziere gerichteten Briefe betreffen die gefangenen holländischen Offiziere in Elbassan sowie deren Freilassung. — Die Gefangenen, insbesondere die fremden Staatsangehörigen, sollen nach hier eingetroffenen Berichten von den Aufständischen sehr gut behandelt werden. — Morgen findet unter dem Vorsitze des Fürsten Wilhelm ein Kriegsrat statt, wobei über weitere Schritte beraten werden soll. — **Aus Rumänien werden weitere 300 Freiwillige erwartet.**

Zur Lösung der griechisch-türkischen Auswanderungsfrage.

Die griechische und türkische Regierung sind über die Auswanderungsbewegung zu einer friedlichen Verständigung gekommen. Sie nehmen einen allgemeinen Austausch ihrer fremden Bevölkerung vor, schätzen die verlassenen Güter ihrem Werte nach und entschädigen die Auswanderer entsprechend dafür. Auf diese Weise hofft man den Keim zu künftigen Reibereien ganz zu beseitigen. Für die Durchführung dieses Uebereinkommens wurde eine griechisch-türkische Kommission unter einem neutralen Schiedsrichter ernannt. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Die türkische Antwortnote.

Athen, 9. Juli. (Agence d'Athènes.) In der von der Pforte dem griechischen Gesandten Panas überreichten Note heißt es:

Die Pforte hat mit aufrichtiger Genugtuung von der Mitteilung der griechischen Regierung Kenntnis genommen, worin diese ihre Zustimmung zu dem gleichzeitigen Austausch der Griechisch sprechenden Bevölkerung Thraziens und des Wilajets Smyrna einerseits und der mohammedanischen Bevölkerung in Mazedonien und in Epirus anderseits ausdrückt, und der Abschätzung sowie dem Austausch der von der bereits ausgewanderten Bevölkerung verlassenen Besitztümer zustimmt. Die Pforte zögert nicht, jetzt und in Zukunft die wahren Gründe für die große Auswanderungsbewegung zu prüfen, die zu einer für die Türkei und vielleicht auch für Griechenland schwierigen wirtschaftlichen Lage geführt hat. Die augenblicklichen Bemühungen der beiden Regierungen, eine gemischte Kommission zu ernennen, die die Angelegenheit regeln soll, sind eine sichere Garantie für den Geist und die Loyalität sowie für die völlige Aufrichtigkeit, mit der hierin eine glückliche Verständigung erzielt worden ist, und die weiterhin von beiden Seiten beobachtet werden wird. Die türkische Regierung glaubt zuversichtlich, daß die in diesen Gefühlen erzielte Uebereinkunft auch in Zukunft dazu beitragen wird, die in jeder Hinsicht wünschenswerte Anhänglichkeit und Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrechtzuerhalten.

Rückkehr der internationalen Untersuchungskommission.

Konstantinopel, 9. Juli. Einige Dragomans, die an der Untersuchung über die Auswanderungsbewegung in Smyrna teilgenommen haben, sind heute zurückgekehrt. Die anderen werden ebenfalls alsbald zurückkehren, da ihre Mission beendet ist.

Die griechisch-türkische Auswanderungskommission in Tätigkeit.

Konstantinopel, 9. Juli. Wie die Blätter melden, hat die türkisch-griechische Auswanderungskommission ihre Arbeiten begonnen und mehrere Unterausschüsse gebildet. Die Auswanderung der Griechen tritt wieder in größerem Umfange ein. Die Griechen in der Gegend von Buja und Sesdikaj verkaufen ihre Güter und wandern nach den Inseln aus.

Racheakt zweier Griechen.

Konstantinopel, 9. Juli. Vorgestern schossen in Smyrna zwei Griechen auf eine Gendarmeriepatrouille, ein Gendarm wurde schwer verwundet. Die Griechen flüchteten in ein Haus und schossen auf die Gendarmen. Schließlich wurde der Grieche, der den einen Gendarmen verwundet hatte, verhaftet; er war bei dem Zusammenstoße selber derartig schwer verletzt worden, daß er alsbald starb.

Die Erfüllung des Friedensvertrags von Niagara Falls.

Die mexikanische Regierung versucht jetzt den im Friedensprotokoll von Niagara Falls vorgesehenen Weg zu gehen und mit den Rebellen zu einer Verständigung zu gelangen. Huerta ist trotz seiner Wiederwahl bereit zurückzutreten, wenn dadurch eine Gesundung der Verhältnisse ermöglicht wird. Die Carranzisten aber bezeigen wenig Lust, mit Huerta zu verhandeln, und verhalten sich vorerst recht ablehnend. Beachtenswert ist die fast demonstrative Anerkennung des wiedergewählten Huerta durch Japan. Es liegen folgende Meldungen vor:

Eine Bitte der mexikanischen Regierung an die Rebellen.

New York, 9. Juli. Nach einem Telegramm aus Mexiko verlas der mexikanische Minister des Auswärtigen in Senat und Kammer eine Denkschrift über die Meinungsverschiedenheiten der Vereinigten Staaten mit Mexiko. Die Denkschrift bittet die Konstitutionalisten dringend, auf halbem Wege der Regierung Huertas entgegenzukommen und zur Errichtung der neuen provisorischen Regierung zusammen zu wirken. Sie weist darauf hin, daß auch die übrigen Bestimmungen des Friedensprotokolls von Niagara Falls und selbst das zukünftige Schicksal Mexikos hiervon abhingen, und daß die Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten infolge der Unterstützung der Revolutionäre durch die Vereinigten Staaten mit dem mexikanischen inneren Konflikt verknüpft seien. In der Denkschrift wird ferner die Bereitwilligkeit der Regierung Huertas ausgedrückt, mit den Konstitutionalisten über die Errichtung einer neuen provisorischen Regierung zu verhandeln und ferner die Bereitwilligkeit Huertas, zurückzutreten, falls man hierdurch zu einem sicheren Frieden gelange. Zum Schluß drückt die Denkschrift die Hoffnung aus, daß die südamerikanische Vermittlung zu einer engeren Verbindung der amerikanischen Nationen führen möchte.

Der bisherige Finanzminister Delalama begibt sich in einer Finanzmission nach Europa.

Die hartnäckigen Carranzisten.

Washington, 9. Juli. Nach Meldungen von der mexikanischen Grenze hat die Carranza-Partei die Einladung der Vermittler zu zwanglosen Besprechungen mit Vertretern Huertas nicht angenommen.

Japan erkennt Huerta an.

London, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „News" fabelt aus Mexiko: Der japanische Gesandte hat als erster Vertreter auswärtiger Mächte die Wiederwahl Huertas zum Präsidenten von Mexiko im Namen seiner Regierung anerkannt. Die Anerkennung der übrigen Regierungen wird nicht ausgesprochen, da Huertas Regierung bereits seit dem Tode Maderos von allen Mächten außer Nordamerika anerkannt worden ist. Die Haltung Japans wird politisch in Mexiko lebhaft erörtert.

Politische Uebersicht

Französische Geographie auf der Bugra.

Es gibt in Frankreich immer noch viel Leute, die die Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges nicht verwinden können, für die die Abtretung Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich einfach nicht vorhanden zu sein scheint. Dafür liefert die Ausstellung im französischen Staatspalast auf der Bugra einen sehr charakteristischen Beweis. Unter anderem hat dort die Firma Forest, Editeur 16 rue Buci, Paris, eine größere Anzahl Landkarten ausgestellt. Unter diesen befindet sich an einer Wand übereinander angeordnet eine Sammlung von etwa 10 oder 12 Karten, die an braunen Holzstäben aufgezogen und aufgerollt sind und durch scharfes Ziehen heruntergelassen werden können. Steht man vor dieser Wand und zieht die drittoberste Karte herunter, so entrollt sich dem Blick eine Schul- oder Bureaukarte von Frankreich, auf der die sämtlichen Provinzen Frankreichs in verschiedenen Farben auskoloriert sind, während das ausländische Gebiet um Frankreich herum weiß gelassen wurde. Auf dieser Karte ist höchst merkwürdigerweise auch das ganze Elsaß und ganz Lothringen bunt auskoloriert, d. h. also als französisches Gebiet gekennzeichnet, obwohl die deutsche Grenzlinie deutlich eingetragen ist. In den jungen Franzosen soll offenbar die Anschauung erweckt werden, daß nicht die durch den Frankfurter Frieden festgelegte deutsch-französische Grenze für Frankreich maßgebend ist, sondern die Grenzen der Provinzen in ihrer früheren Ausdehnung. Aber nicht nur durch die Färbung, sondern auch durch Ziffernangaben wird eine Täuschung versucht. Bei den Namen der Provinzen sind vielfach Jahreszahlen verzeichnet. Diese Zahlen sollen nach den Bemerkungen in der Rubrik Zeichenerklärung den Zeitpunkt der Einverleibung der betreffenden Provinz an Frankreich angeben. So ist denn ganz deutlich zu lesen: Elsaß 1648, Lothringen 1766. Daß aber das Elsaß bis auf einen kleinen Teil um Belfort und von Lothringen die Hälfte 1871 an Deutschland verloren gegangen ist, daß also auf der Karte genau unter Elsaß 1648—1871, unter Lothringen 1766—1871 stehen müßte, wird einfach verschwiegen. Die Leistungen Frankreichs auf geographischem Gebiet sind ja nie erstklassig gewesen. Was aber auf dieser Karte von Forest, die sicherlich wegen ihrer Güte auf der Bugra mit ausgestellt ist, den jungen Franzosen geboten wird, übersteigt denn doch alle Begriffe. Bei uns Deutschen sollte diese Landkarte zwar nicht als Anschauungsmaterial, wohl aber als nationales Stimmungssymptom Beachtung finden und zu ernstem Nachdenken anregen.

Neue Justizvorlagen für die kommende Reichstagssession.

Dem im Herbst zusammentretenden Reichstage werden für die neue Session drei Vorlagen zugehen, die sich zurzeit sämtlich beim Bundesrat befinden. Es ist dies zunächst der Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen. In dem Entwurf wird vorgeschlagen, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches dahin abzuändern, daß die Wirkung der Vorausverfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen, die dem Erwerber eines Grundstücks oder den Hypothekengläubigern gegenüber eintritt, auf das laufende Vierteljahr beschränkt wird. Nur wenn der Uebergang des Eigentums in den letzten halben Monat eines Kalendervierteljahres fällt, soll es bei dem bisherigen Zustande bleiben, daß die Wirkung der Vorausverfügungen, insbesondere etwaiger Vorauszahlungen, sich auch auf das nächste Vierteljahr erstreckt, ferner soll bei der Zwangsversteigerung für die Berechnung des laufenden Kalendervierteljahrs, für das die Vorausverfügung wirksam bleibt, nicht mehr der Zuschlag, sondern die Beschlagnahme des Grundstücks maßgebend sein. Auch Paragraphen des Zwangsversteigerungsgesetzes und der Konkursordnung werden von den neuen Bestimmungen betroffen. Ferner wird die neue deutsche Wechselordnung mit einem besonderen Einführungsgesetze dem Reichstage zugehen, und der Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen, die auch für Sachschäden geregelt wird. Der in der letzten Session nicht erledigte Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes wird wohl dem Reichstage nicht wieder vorgelegt werden, da die parlamentarische Behandlung der Vorlage erkennen ließ, daß mit deren Zustandekommen nicht gerechnet werden kann. Dann ist bei dem zuständigen Ressort soeben ein Entwurf über die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangestellten fertiggestellt worden. In dem Entwurf sollen die Urlaubsverhältnisse der Angestellten, die Fortbildung der Lehrlinge, die Sonntagsruhe, die Fortzahlung des Lohns bei unverschuldeter Dienstversäumnis geregelt werden; dagegen nicht Lohnfragen und hygienische Verhältnisse. Ob ein Entwurf über Heraufsetzung des pfandfreien Einkommens von 1500 Mark ausgearbeitet wird und dem Reichstage im nächsten Winter schon zugehen kann, steht dahin. Die Beratungen der beteiligten Ressorts sind zurzeit noch nicht abgeschlossen. Dasselbe gilt von der Frage der Regelung des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses, über die erst Sachverständige vernommen werden sollen. Was schließlich die Frage der Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren anbetrifft, so ist erst eine Durcharbeitung der Statistik und dann eine Stellungnahme der Ressorts zu erwarten.

Landtagsschluß in Hessen.

In seiner Thronrede, mit der der hessische Landtag am Donnerstag geschlossen wurde, gedachte der Großherzog mit besonderer Befriedigung der organischen Neuregelung der Bezüge der Staatsbeamten und fuhr dann fort:

Es gereicht mir zur Befriedigung, daß die Vorlage meiner Regierung über die Revision der Ordensgesetze, die einzelnen religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen eine freiere Tätigkeit in religiöser, charitativer und sozialer Richtung ermöglichen soll, die Zustimmung der Stände erlangt hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die daran geknüpften Erwartungen, es werde der konfessionelle Friede meinem Lande erhalten bleiben, sich vollauf erfüllen.

Mit besonderem Danke wird weiterhin anerkannt, daß die Rechtslage durch Bewilligung weiterer definitiver Amtsrichterstellen eine Förderung erfahren habe. Die Thronrede verbreitet sich sodann über die allgemeine Finanzlage und konstatiert die günstige Entwicklung, die besonders auf die Ueberschußanteile aus der Eisenbahngemeinschaft zurückzuführen sei. Unter den obwaltenden Verhältnissen befriedige insbesondere, daß die gesetzlich geordnete Schuldentilgung, die der Großherzog wiederholt als notwendig bezeichnet hat, in genügendem Maße sich jetzt verwirklichen lasse. Schließlich geht die Thronrede auf das Verhältnis zum Reiche ein und erwähnt u. a. die weitere Inanspruchnahme der Landesabgaben für das Reich zur Stärkung seiner Wehrkraft.

Nach der Thronrede brachte der zweite Präsident der Ersten Kammer, Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, das Hoch auf den Großherzog aus. Zu dem feierlichen Akte hatten sich die Mitglieder beider Kammern im Residenzschloß versammelt.

Deutsches Reich.

* **Urlaub des sächsischen Gesandten in Berlin.** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Der sächsische Gesandte Freiherr von Salza und Lichtenau hat Berlin mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Legationsrat Frhr. von Biedermann die Geschäfte der Gesandtschaft.

* **Zu den Landtagswahlen 1915.** Nach Meldungen konservativer Blätter will der im 44. ländlichen Wahlkreise bei einer Ersatzwahl gewählte konservative Landtagsabgeordnete Sammler nicht wieder zum Landtage kandidieren. Sammler ist im Landtage nicht hervorgetreten. Er wurde im Oktober 1910 an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Sieber mit 5490 von 9800 abgegebenen Stimmen gewählt. Der 44. ländliche Wahlkreis umfaßt Teile der Gerichtsbezirke Plauen, Elsterberg, Pausa und Treuen und ist in dem liberalen Wahlabkommen dem Nationalliberalen zugesprochen worden.

*

* **Auszeichnungen.** Dem Landschaftsdirektor v. Spiegel-Dammer (Kreis Namslau) wurde der Rote Adlerorden II. Kl. mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, dem Generallandschaftsdirektor Rittergutsbesitzer v. Gustedt-Halle a. S. der Rote Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub und dem Rittergutsbesitzer Major a. D. v. Kotze-Klein-Oschersleben (Kreis Wansleben) der Kronenorden II. Kl. verliehen.

* **Stiftung für die Gesellschaftsreise nach Ostafrika.** Herr und Frau Krupp von Bohlen und Halbach stellten, wie die Deutsche Kolonialgesellschaft mitteilt, der Deutschen Kolonialgesellschaft 17 600 ℳ zur Verfügung, um damit die von der Kolonialgesellschaft veranstaltete Freireise nach Deutsch-Ostafrika umfangreicher und nutzbringender zu gestalten. Dem Wunsche der Geber entsprechend hat die Kolonialgesellschaft die Reisegesellschaft nach Deutsch-Ostafrika um sechs aus den Arbeiterkreisen stammende Mitglieder vergrößert, so daß sie nunmehr aus 37 Personen besteht. Die Führung hat Bezirksamtmann a. D. Karstedt übernommen.

* **Das widerspenstige Nürnberg.** Nachdem die Stadt Nürnberg die von der bayerischen Regierung geforderte Bezahlung des durch die Regierung den Franziskanerpatres übertragenen Religionsunterrichts an der Nürnberger Simultanschule verweigert hat, beschloß die Regierung die Ergreifung der gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Stadt Nürnberg. Die mittelfränkische Kreisregierung hat trotz der Gehaltsverweigerung durch die Stadt Nürnberg die katholischen Religionslehrer (Franziskaner) der Simultanschule zur Fortsetzung ihrer Unterrichtstätigkeit aufgefordert.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Acht Landesverratsprozesse.** Wie die Lemberger Presse meldet, waren am 1. Juli in Galizien acht Landesverrats- und Spionageverfahren zugunsten Rußlands in Voruntersuchung der Strafbehörden.

Frankreich.

* **Die Untersuchung gegen die verhafteten russischen Anarchisten.** Aus Paris wird gemeldet: Trojanowski, der noch immer Blödheit simuliert, wurde am Mittwoch vom Gefängniswärter in seiner Zelle in dem Augenblick überrascht, als er ein kleines Fläschchen, das eine gelbe Flüssigkeit enthielt, in der Hand hatte. Er behauptet, die Flüssigkeit sei ein Linderungsmittel gegen Zahnschmerzen. Man glaubt jedoch, daß es Gift ist. — Die zweite der den verhafteten Anarchisten in Beaumont abgenommenen Sprengbomben wurde gestern vom Direktor Kling auf der Bastet des städtischen Laboratoriums auf dem Boulevard de Bercy einer genauen Untersuchung unterzogen. Die beiden Deckel wurden abgeschraubt, und man fand, daß die Bombe sich von der andern unterscheidet. Sie enthielt nicht wie jene Pikrinsäure, sondern ungefähr 500 Gramm eines Pulvers, dessen Charakter vorläufig noch nicht festgestellt wurde. Außerdem enthielt sie eine große Anzahl von Nägeln, Eisenstücken, Patronen u. dgl. Der Direktor sprach die Ueberzeugung aus, daß die beiden Bomben keineswegs dazu da waren, einen Eisenbahnzug oder eine Eisenbahnlinie zu beschädigen, sondern gegen lebende Wesen geschleudert zu werden.

England.

* **Streik der Fischer.** Aus London wird gemeldet: Beamte des Seemannsverbandes in South Shields kündigen einen allgemeinen Streik der Fischer auf dem Tyne an. Wie sie erklären, werden die Fischer, sobald sie mit ihren Booten zurückkehren, die Arbeit einstellen.

* **Die Schwierigkeiten des Kabinetts Asquith.** Aus London wird gemeldet: An den am Mittwoch abgehaltenen Ministerrat knüpfen die konservativen Zeitungen allerlei dunkle Prophezeiungen. **Es heißt, daß Lloyd George durchaus auf einer Herbsttagung besteht, da ihm an der**